

AUF Kostheim begrüßt Gründung der ILKO in Kostheim und fordert Bürgerbeteiligung schon bei den Planungen



„Wir freuen uns sehr, dass sich Kostheimer Bürgerinnen und Bürger aktiv für die Gestaltung eines neuen Ortskerns engagieren wollen,“ kommentiert AUF-Fraktionssprecherin Marion Mück-Raab die Gründung der „Initiative Lebenswertes Kostheim“.

Ihre Fraktion teile die Befürchtungen vieler Bürger, daß der Kostheimer Ortskern ausschließlich „mit Wohnungen zugebaut“ werde. „Das hören wir hier überall, auch die Klage, daß man in Alt-Kostheim keine Zeitschrift, keinen Radiergummi, nicht einmal eine Trauerkarte kaufen kann...

Man begrüßt zwar die Zusicherung von Oberbürgermeister Gert-Uwe Mende, sich an die Versprechen seines Amtsvorgängers zu halten. Sven Gerich hatte zugesagt, Stadtteilbibliothek, Seniorentreff und auch einen Platz für einen Wochenmarkt oder Feste im alten Ortskern zu erhalten.

Doch die Vorstellungen der Bürger gehen viel weiter. Sie wünschen sich, auch Ärzte künftig noch fußläufig zu erreichen, sie wünschen sich die Möglichkeit, wenigstens ein kleines Angebot an Waren des täglichen Bedarfs zu bekommen. Diese Wünsche darf man nicht einfach übergehen.

Der AUF möchte gerne, daß man die Bürger schon bei den frühen Planungen miteinbezieht. Das sei auch kein Gnadenakt. Zu einer modernen Stadtplanung gehöre auch die Beteiligung der Bürger. Diese Beteiligung dürfe nicht nur Informationscharakter haben. Man bedauert, daß Zusagen der Stadt, Bürger bei der Planung aktiv miteinzubeziehen, bisher nicht eingehalten worden sind. Schon im Jahr 2017 angekündigte Workshops zu dem Thema seien im Sande verlaufen.

Die auf der Homepage www.dein.wiesbaden.de angekündigte Beteiligung hält der AUF für unbefriedigend: Danach soll es erst dann, wenn eine Planung vorliegt, eine öffentliche Informationsveranstaltung mit der GWW zur Vorstellung der städtebaulichen Überlegungen für den geplanten Wohnungsbau geben.

Erfahrungsgemäß sind zu diesem Zeitpunkt Planungen schon so weit fortgeschritten, daß kaum noch Einfluß darauf genommen werden kann. Der AUF fordert die Verantwortlichen deshalb auf, auf die ILKO-Forderung nach einem Runden Tisch einzugehen.

(Marion Mück-Raab)